



Solothurner Zeitung AG
4501 Solothurn
032/ 624 74 74
www.solothurnerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 22'759
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.84
Abo-Nr.: 1077523
Seite: 26
Fläche: 17'756 mm²

Grosser Rat verlangt Hilfe für Working Poor

Familien Weil der Regierungsrat nicht tätig wird, legt der Berner Grosse Rat jetzt selber Hand an. Er arbeitet einen Gesetzesartikel aus, damit Familien finanzielle Hilfe erhalten, wenn ihr Einkommen nicht ausreicht. Mit 81 Ja- zu 68 Nein-Stimmen



Daniel Steiner.

hat er dies gestern beschlossen und der entsprechenden parlamentarischen Initiative von Daniel Steiner-Brütsch (EVP, Langenthal) zugestimmt. Steiner hat das Ziel vorgegeben: Familien, die trotz Erwerbstätigkeit zu wenig Geld verdienen, sollen nicht zu Sozialfällen werden. Es gehe um die Entlastung von Working-Poor-Familien, so Steiner. Die Löhne im Gastgewerbe oder Detailhandel, aber auch das Einkommen von Bauern im ländlichen Raum reichten nicht immer aus, um den Unterhalt einer Familie zu bestreiten. In solchen Fällen sollen Familien das Recht auf Ergänzungsleistungen haben. Wer kein oder nur ein sehr bescheidenes Einkommen erhält, soll sich weiterhin an die Sozialhilfe wenden. Ergänzungsleistungen sind auch nur für Familien vorgesehen, die seit längerem im Kanton Bern wohnen. Die Kosten sollen Kanton und Gemeinden gemeinsam tragen. Zahlreiche Kantone hätten bereits die gesetzlichen Grundlagen für Er-

gänzungsleistungen für Familien geschaffen, darunter Solothurn und Aargau, so Steiner. «Dass Bern nicht dazugehört, ist ein Armutszeugnis.»

Eine Initiative mit Vorgeschichte

Eine Kommission nimmt sich nun dem Gesetzesartikel an. Dass der Grosse Rat via parlamentarische Initiative einen Gesetzgebungsprozess selbst in Gang setzt, ist selten. Steiners Initiative hat allerdings eine Vorgeschichte. Bereits Anfang 2009 hat der Grosse Rat zu Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien Ja gesagt. Er hat die entsprechende Motion – ebenfalls von Daniel Steiner – mit 81 Ja- zu 58-Nein-Stimmen angenommen und den Regierungsrat mit der Umsetzung beauftragt.

Die Regierung arbeitete daraufhin zwar ein Modell aus, verfolgte es aber nicht weiter, weil sich der Kanton diese finanzielle Hilfe gar nicht leisten könne. Mit Kosten in Höhe von 71 bis 144 Millionen Franken müsste gerechnet werden, was finanzpolitisch im Moment nicht vertretbar sei, so der Regierungsrat. Diese finanziellen Berechnungen bewogen denn auch viele bürgerliche Grossräte gestern zu einem Nein, obwohl Steiner betonte, es gebe auch andere Modelle. Verständnis hatten sie aber für Steiners Kritik am Vorgehen des Regierungsrates: Es sei nicht akzeptabel, dass dieser einen Auftrag des Grossen Rats nicht ausführe und trotz überwiesener Motion auf das Vorlegen einer Gesetzesgrundlage verzichte. (BW)